

Siedlinghausen. Ziel der Bürgerinitiative Siedlinghausen war und ist es, eine weiterführende Schule in Siedlinghausen zu erhalten.

Noch zwei Wochen bis zum Ratsbürgerentscheid, bei dem die Winterberger Bürger über die Gestaltung der geplanten Sekundarschule abstimmen sollen. Die Diskussion darum ist überhaupt erst durch die Bürgerinitiative Siedlinghausen aufgekommen. Die WP hat mit den Initiatoren über ihre Motive gesprochen.

Zu Beginn der Diskussion um die Schulen haben Sie gefordert, dass Siedlinghausen statt Winterberg Standort der gemeinsamen Sekundarschule mit Medebach und Hallenberg werden soll. Inzwischen setzen Sie sich für eine eigenständige Sekundarschule der Stadt Winterberg mit Standorten in Winterberg und Siedlinghausen ein. Warum haben Sie Ihr Ziel geändert?

Unser Ziel war und ist es, eine weiterführende Schule in Siedlinghausen zu erhalten. Anhand der anfangs bekannten Informationen schien nur ein Entweder-Oder möglich zu sein. Beim Info-Abend im Oversum wurde uns klar, dass außer der städteübergreifenden Sekundarschule mit Hauptstandort in Medebach, bei der Siedlinghausen als Standort weggefallen wäre, keine anderen Schulalternativen ausreichend geprüft wurden. Eine eigenständige Sekundarschule in Winterberg oder der Hauptstandort in Winterberg sind aber mögliche Formen, bei denen die bestehenden Schulstandorte sowohl in Winterberg als auch in Siedlinghausen erhalten werden können. Deshalb haben wir das Bürgerbegehren entsprechend formuliert. Unser Ziel hat sich also nicht wesentlich geändert.

Warum investieren Sie privat so viel Energie und auch Geld?

Wir tun das für unsere Kinder und für Winterberg und seine Dörfer. Eine weiterführende Schule vor Ort ist ein Stück Lebensqualität. Hier sind außerdem viele handwerkliche Unternehmen, Hotels, Gastronomie, Handel und medizinische Versorgung ansässig. Deren Zielgruppe für zukünftige Fachkräfte kommt nicht vom Gymnasium, sondern von der Verbund- oder auch Sekundarschule. Ohne eine solche Schule im Ort fahren potentielle Mitarbeiter künftig an uns vorbei, der Kontakt wird deutlich schwieriger.

In Ihren offenen Briefen ist mehrfach von einer funktionierenden Verbundschule in Winterberg-Siedlinghausen die Rede, die „ohne Not geschlossen wird“. Warum gehen Sie nicht darauf ein, dass laut Bezirksregierung bereits zwei Mal die erforderliche Hauptschülerzahl nicht erreicht wurde und daher Handlungsbedarf besteht?

Bei diesem Vorwurf bleibt immer außer Acht, dass die Verbundschule Winterberg-Siedlinghausen ja verpflichtet ist, zwei Hauptschulklassen und eine Realschulklasse zu bilden. Diese Regelung ist absolut realitätsfern und entspricht nicht dem allgemeinen Trend, der seit vielen Jahren weg von der Hauptschule führt. Die geforderten Schülerzahlen für zwei Hauptschulklassen mögen zwar nicht zusammen kommen, es bestehen jedoch gleichzeitig überfüllte Realschulklassen, die zuletzt schon in zwei Klassen aufgeteilt wurden. Wenn eine Schule sich nicht entwickeln darf, kommt sie in Schwierigkeiten. Unter dem Strich sind genügend Schüler für eine eigenständige Sekundarschule in der Stadt Winterberg vorhanden.

Für Außenstehende scheinen die Fronten zwischen der Bürgerinitiative und der Stadt sehr verhärtet. Spielen hier noch andere Dinge außer der Schule eine Rolle?

Für uns steht eine eigenständige Sekundarschule im alleinigen Fokus und das vor dem Hintergrund, dass wir als Stadt Winterberg die größte von allen drei Städten sind und wir die Hoheit über unsere wohnortansässigen Schüler nicht dem Schulleiter einer anderen Stadt bzw. eines Hauptstandortes in Medebach überlassen dürfen. Denn gemäß Schulgesetz NRW bestimmt allein der zukünftige Schulleiter des Hauptstandortes darüber, wo unsere Schüler demnächst zur Schule gehen werden, nicht unser Bürgermeister oder der Rat der Stadt Winterberg. Sicherlich spielt auch ein gewisser Ärger über den seit Jahren diskussionswürdigen Stil der politischen Entscheidungsfindung unserer Stadt eine Rolle. Das Gefühl, von oben herab regiert und als Bürger vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, motiviert uns zur Hartnäckigkeit.

Wir als Bürger der Stadt Winterberg machen jetzt das, was eigentlich generell Aufgabe des Rates ist: nachhaken, kritisieren und ergebnisoffen diskutieren. Wir kritisieren, dass bei einem so wichtigen Thema die Eltern nicht im Vorfeld gefragt wurden und dass die Entscheidung ohne Prüfung von anderen und weiteren Lösungsmöglichkeiten im Hauruck-Verfahren durchgeprügelt wurde.

Durch den Ratsbürgerentscheid ist Ihr geplantes Bürgerbegehren vom Tisch. Wie sehen Sie das?

Den Ratsbürgerentscheid halten wir für eine Reaktion auf unser Bürgerbegehren und die eingereichten Klagen der Eltern. Wenn der Ratsbeschluss rechtlich tatsächlich so hieb- und stichfest wäre, wie die Stadt behauptet, würde der Rat nicht das Risiko eingehen, dass er bei einem Ratsbürgerentscheid gekippt wird. Immerhin ist so das Ziel erreicht, dass die Bürger selber entscheiden.

Wie ist der Stand in puncto Klagen der Eltern beim Verwaltungsgericht?

Die Klagen der Eltern ruhen derzeit, da erst der Ausgang des Ratsbürgerentscheids abgewartet wird.

Für alle interessierten Bürger aus Winterberg und seinen Dörfern findet am Mittwoch, 9. November, um 20 Uhr eine Informationsveranstaltung mit dem Titel „Was Bürgermeister und Rat verschweigen“ in der Schützenhalle Siedlinghausen statt.

Weitere Informationen rund um den anstehenden Ratsbürgerentscheid am 13. November gibt es unter <http://bi.siedlinghausen-web.de>.

Rita Maurer